

GUERRILLA

Flugschrift #2

DER AUFKLÄRUNG

September – November 2018

SIE WERDEN ES NICHT ERTRAGEN, SICH HINTER MAUERN UND ZÄUNEN ZU VERSTECKEN

MUT

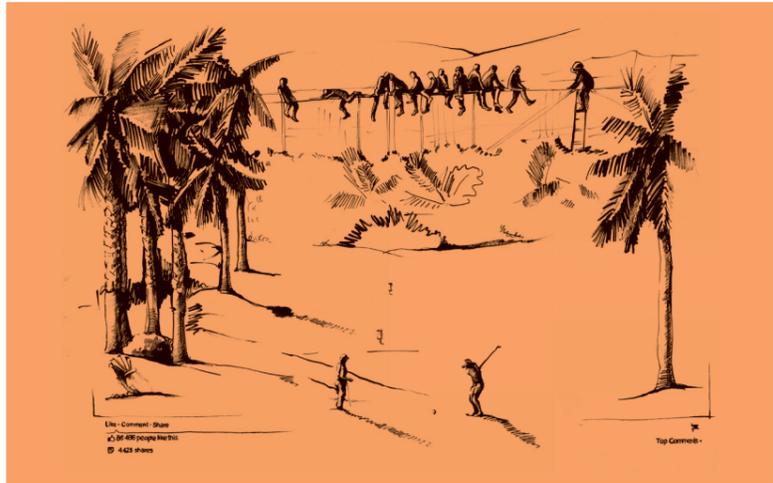
von Olga Flor

Ich will mir wahrscheinlich selbst hier Mut machen. Zwar wird die Inhumanität als pragmatischer Umgang mit den Herausforderungen der Gegenwart verkauft, und man gewöhnt sich daran – genau gegen dieses sich Gewöhnen richten sich die Werke dieser Ausstellung: Sie machen die Ungeheuerlichkeit präsent.

Zwar regt sich das Gewissen: Ich kann mich noch daran erinnern, wie ich als Jugendliche Bücher las, die wahlweise die Sklaverei in Rom oder im neuzeitlichen Amerika schilderten, und ich wunderte mich, wie man, sagen wir, als römische Patrizierin mit dem Wissen um die Rechtslosigkeit der im eigenen Haushalt unter widrigsten Bedingungen Arbeitenden leben konnte – erst später begriff ich übrigens, dass auch die römischen Ehefrauen auf Leben und Tod ihren Männern ausgeliefert waren. Was mich erschütterte und was ich heute an mir selbst bemerke: Eine gewisse Erschöpfung und Resignation angesichts eines offensichtlich himmelschreienden Unrechts. Eines Unrechts wie des indirekten der globalen Wertschöpfungskette, die einen Großteil der Menschheit marginalisiert und in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zwingt, um einem anderen Teil die Konsumation von Billigprodukten zu ermöglichen, mehr noch, ihn von dieser Form der Konsumation abhängig zu machen. Dabei gibt es selbstverständlich Schnittmengen zwischen den beiden Gruppen, also Menschen, die unter widrigsten Bedingungen arbeiten UND gleichzeitig als Konsumentinnen und Konsumenten interessant sind. Oder angesichts des direkt sicht- und spürbaren Unrechts der Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen, die aus welchen Gründen auch immer ihrem Elend entkommen wollen, sich Schleppern anvertrauen müssen und buchstäblich vor den Augen einer ungerührten europäischen Öffentlichkeit im Mittelmeer untergehen.

Doch der diskursive Wind hat sich gedreht, der moralische Kompass deliriert, nicht das Ertrinken gilt mehr als verwerflich, im Gegenteil, Bilder des Kenterns und Ertrinkens scheinen als Mittel der Abschreckung von Flüchtenden von immer mehr Politikern durchaus bewusst in Kauf genommen zu werden: Wer das Ertrinken der Menschen im Mittelmeer anprangert wird hingegen als naiv und links-link verunglimpft, denn: rechts ist die neue Mitte, und alles, was sich dort nicht eingemeinden lässt, also auch der Teil des politischen Spektrums, den man früher einfach „die Mitte“ nannte, ist demzufolge links, oder, weil's so schön klingt, eben links-links, und was in den sozialen Medien dazu geschrieben wird, möchte man eigentlich gar nicht wissen. Mit rechtsrechts hingegen gibt es wenig Berührungspunkte, das ist cool, da es den eigenen kurzfristigen Vorteil auf Kosten anderer zur Grundlage jeden Handelns macht: Wer würde dieses Prinzip in einer auf Selbstoptimierung getrimmten Gesellschaft nicht verstehen? Das bedeutet, Ideen wie die, dass man Menschen von Flucht und Migration am besten abhält, in dem man ihren buchstäblichen Untergang, oder allerwenigstens ihre Demütigung und ihr Elend bewusst in Kauf nimmt, alles natürlich medial möglichst breit gefeiert für den Lerneffekt! machen sich im Mainstream breit.

Daniel Kehlmann nahm in seiner Rede zur Eröffnung des heurigen Bruckner-Fests Bezug auf ein von ihm verfasstes Stück, das zum Thema hat, „wie im Jahr 1939 einem Schiff mit knapp tausend Flüchtlingen, darunter vielen Österreichern, erst das Anlegen in Kuba,



dann in den USA verwehrt wurde – mit Argumenten, die denen, die wir heute in der Zeitung lesen, aufs Haar gleichen: Das Boot sei voll, das Aufnahmevermögen erschöpft, die Kultur dieser Leute zu fremd. Natürlich sieht das heute absurd aus: Die Vereinigten Staaten von Amerika unfähig, tausend Menschen aufzunehmen? Aber damals klang es nicht wie ein Witz, sondern wie Realpolitik.“

Heute geht diese „Realpolitik“ so weit, dass die Vorstellung der tatsächlich bereits existierenden europäischen Vorposten in Nordafrika bei manchem stramm-rechten FPÖ-Funktionär verrommelte koloniale Großmachtsfantasien wachruft, die ihn vom Militäreinsatz in Nordafrika faszeln lassen. Das würde an sich nicht weiter verwundern, Funktionäre wie dieser haben aus ihren Gesinnungen nie ein Hehl gemacht, aus ihrem Herzen keine Mördergrube, auch wenn das in diesem Kontext vielleicht ein bisschen provokant klingt, und im Unterschied zu Deutschland, wo solche Meinungen eher auf ultrarechten Pe-, Le- und sonstigen Gida-Aufmärschen geäußert werden, sitzen in Österreich die Vertreterinnen und Vertreter solcher Ansichten nicht nur im Parlament, sondern ihre Partei stellt auch einen Teil der Regierung. Erschütternd ist, dass dem österreichischen Bundeskanzler und derzeitigen EU-Ratsvorsitzenden dazu wie üblich nichts einfällt: Denn, wir bitten um Verständnis, natürlich ist Schweigen eine Tugend, wenn man auf eine solche Koalitionspartnerin angewiesen ist und keinerlei moralische Basis oder politische Ideen jenseits des Abschottungsmantras oder gar ein demokratisches Grundverständnis für Rechte und Würde des Menschen auch im Fluchtfall gelten lassen will, und sich zu diesem Zweck, wie Daniel Kehlmann so schön gesagt hat, lieber mit „Möchtegern-Diktatoren“ wie Victor Orban verbündet. Oder, wie ich hinzufügen möchte, sich einen Kniefall vor echten Autokraten leistet und deren Medien damit einen unbezahlbaren Dienst erweist: denn die Macht des Bildes liegt, wie gehabt, in seiner unmittelbaren Wirksamkeit. Und das heißt: Dass die politisch Verantwortlichen keinerlei Verantwortung mehr leben oder auch nur Verständnis zeigen für die Rechte aller Menschen, auch derer, die auf der Flucht sind oder aus wirtschaftlichen und umweltbedingten Gründen ein besseres Leben suchen. Es mag taktisch eine Zeit lang klüger sein, zu schweigen als die eigene moralische Unbelecktheit offen zur Schau zu stellen, verantwortliches Handeln ist es nicht und eine dauerhaft glaubwürdige Strategie gibt es übrigens auch nicht her. Dabei stehen humanitäre Grundprinzipien zur Disposition, und nebenbei auch der zivilisatorische Grundkonsens dieser europäischen Union.

Indem die österreichische Regierung gegen jede wirtschaftliche und volkswirtschaftliche

Vernunft – denn welche vernünftige Volkswirtschaft würde in Ausbildungen investieren, um anschließend die Ausgebildeten mit all ihrem Wissen und Fähigkeiten schnellstmöglich abzuschieben?, von den Interessen der nach Arbeitskräften dringend suchenden Wirtschaftsbetriebe selbst oder gar humanitären Erwägungen einmal ganz abgesehen – den Zugang zur Lehre für Asylwerbende sowie den Abschiebestopp für Lehrlinge beendet, dann tut sie das aus ideologischen Gründen, dann verhindert sie die Integration Integrationswilliger, die doch sonst so gerne gerade von ihr eingefordert wird. Dann tut sie das, um die Diskussion und das mediale Interesse an Geflüchteten am Köcheln zu halten: es ist schließlich ihr politisches Kernthema, ihre Markenidentität, gewissermaßen. Was soll eine politische Kaste, die auf ihr stetiges Schließen immer neuer behaupteter und realer Fluchtwege stolz ist und damit im Wahlkampf erfolgreich war, schließlich ohne Asylwerbende und Migration tun, die sie, um ihrem Ruf gerecht zu werden, stets als „illegal“ bezeichnet? Ohne Flüchtlinge kein ausschlagbares Thema mehr, kein Grund also, eine Partei zu wählen, deren Erfolg sich in hohem Maße diesem Ausnutzen – und eben auch Herbeiführen – menschlicher Tragödien verdankt. Und übrigens: Was soll überhaupt eine illegale Flucht sein? Wie stellt sich die österreichische Regierungsspitze eine legale Flucht vor?

Durch bewusste Verhinderung von Integration, die eben auch das Vorhaben der Freiheitlichen prägt, Asylwerbende möglichst ohne physischen Kontakt mit der Außenwelt und ohne sinnstiftende Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten in Lagern festzuhalten, werden Isolation, psychische Probleme der so Isolierten und nicht zuletzt Kriminalität befördert, denn: Sichtbare Ghettoisierung, Ausgrenzung und erhöhte Kriminalitätsraten erhöhen den Zulauf zu rechtspopulistischen Parteien – die dann weiter lustvoll an der Sicherheits- und Neidschraube drehen können, was wiederum den Druck auf die gesellschaftlich Ausgegrenzten erhöht und so weiter: eine humanitäre Abwärtsspirale von machiavellisch infamer Schlichtheit.

Aber: diese freiheitlichen Strategien werden von beiden Regierungsparteien getragen. Die ÖVP steht hier mindestens ebenso in der Verantwortung, und, das ist vielleicht das Allerschreckendste: ein Großteil der Bevölkerung, der sich wohl als dem pragmatischen Mainstream zugehörig versteht, scheint das zumindest ohne Murren hinzunehmen.

Die Habenseite: Es gibt überall Menschen, die den Mund aufmachen, ein Phänomen, das mir tiefen Respekt abverlangt. Mutige Frauen und Männer mahnen zivilgesellschaftliche Mindeststandards ein, oft unter Gefahr für Leib und Leben, um gesellschaftliche Fehlentwick-

lungen und Ungerechtigkeiten zu benennen. An vielen Orten werden sie dafür verfolgt und bedroht, manche sogar mit dem Tod wie etwa der ägyptische Aktivist Mahmoud Abou Zeid (Shawkan), der nun doch „nur“ zu fünfjähriger Haft verurteilt wurde. Und dennoch reden sie. Mesale Tolu, die deutsche Journalistin, die nach Monaten der Haft in der Türkei ausreisen durfte, kündigte an, einfach mutig sein zu wollen und zu ihrem Prozess wegen „Unterstützung einer Terrororganisation“ zurückzukehren zu wollen (warum fällt der türkischen Justiz nie etwas anderes ein?, könnte man übrigens fragen, wenn missliebige Journalisten und Journalistinnen mundtot gemacht werden sollen – und die sind das anscheinend per se, dem Regime missliebige nämlich, einfach, weil sie die Unverschämtheit besitzen, ihrer Arbeit nachzugehen). Und dennoch lässt sich der Mut und der Sinn für das, worauf es ankommt, wenn eine repräsentative Demokratie funktionieren soll – Gewaltentrennung, Unabhängigkeit der Justiz und des Parlaments sowie eine freie Presse, die darüber berichten kann, Meinungsfreiheit – offenbar nicht wegretouchieren.

Das EU-Parlament hat am 12.09. der Einleitung eines Strafverfahrens nach Artikel 7 des EU-Vertrages (und nach einer völlig ideologisch aufgeladenen und nationalistischen Rede Orbans, in dem er den Protest gegen die Aushöhlung des Rechtsstaates als Angriff gegen „die Ungarn“ gewertet hatte und die Bevölkerung Ungarns damit in billigster Weise in Geiselschaft nahm) mit einer Zweidrittel-Mehrheit zugestimmt – wegen der „systemische(n) Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn“. Es ist dies ein entscheidendes Zeichen dafür, dass das EU-Parlament sich – nach langem Zögern – des Wertes der Demokratie bewusst ist und endlich handelt.

Zuwanderung muss nach klaren Prinzipien geregelt werden, um den gesellschaftlichen Frieden in den Zuwanderungsländern zu erhalten, das scheint offensichtlich, und es braucht neben der Umsetzung des Menschenrechts auf Asyl – das, wie gerade hierzulande nicht vergessen werden sollte, nicht zuletzt als Reaktion auf das Verbrechen des Holocaust und den Umgang mit den vor ihm Flüchtenden deklariert wurde – auch andere legale Möglichkeiten der Einwanderung. Dazu bedarf es auch der Erkenntnis, dass neben Flucht vor Kriegen, Verfolgung und Vernichtung sowie Umweltzerstörung ein Auswandern aus wirtschaftlichen Gründen, das nur allzu viele Europäer und auch Österreicherinnen schon im vorletzten Jahrhundert als einzigen Ausweg für sich sahen, nicht per se verwerflich ist, im Gegenteil. Die Umweltzerstörung aufgrund des Klimawandels kommt heute noch als essentieller Fluchtgrund dazu, wird in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach noch stärkere Wanderungsbewegungen zur Folge haben, und auch für den Klimawandel sind die Angehörigen des konsumintensiveren „Westens“ ursächlich verantwortlich.

Doch zuallererst muss Migration als Tatsache anerkannt werden und zwar als eine, die enormes Gewinnpotential in sich birgt, auch wenn sie natürlich, wie alles im Leben, nicht reibungslos verläuft und verlaufen wird. Inhumanität muss als solche benannt werden: Nein, es ist nicht normal und politisch akzeptabel, schenden Auges den Untergang tausender Menschen im Mittelmeer in Kauf zu nehmen und ein Anlanden der Schiffe, die sie aus Seenot retten, zu verhindern und deren Eignerinnen und Kapitäne vor Gericht zu zerren. Es ist schweres Unrecht, es ist nicht mal menschlich, es ist zutiefst unmenschlich

und grausam und zynisch, und wir alle, wir europäischen Bürgerinnen und Bürger, in deren Namen das ja angeblich geschieht, sind mitverantwortlich, sind: schuldig, wenn wir untätig zusehen. Oder eher wegsehen.

Um diese unmenschliche Praxis zu beenden, bedarf es einer Rekalibrierung der Gradmesser für Recht und Unrecht und mitmenschlichen Verantwortung, die ganz offensichtlich schwer ins Trudeln geraten sind. Dazu bedarf es neben der primitivsten Empathie vor allem der Bewusstseinsbildung für den Wert von menschlichen Grundrechten und demokratischer Grundlagen und demokratiepolitischen Rüstzeugen wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Diskussions- und Kompromissfähigkeit, denn: Demokratie ist immer Kompromiss. Dafür bedarf es der Freude an und des Mutes zu politischer Mitwirkung und Veränderung der Rahmenbedingungen, die für gesellschaftliche Ungleichheiten verantwortlich sind. Denn, wie Barack Obama es jüngst formulierte: „Die größte Bedrohung für unsere Demokratie ist Gleichgültigkeit.“¹ Die Bilder und Installationen, die Sie ab heute hier im **< rotor >** sehen können, wirken der Gleichgültigkeit entgegen, sie sehen genau hin, sie verdichten die Ungeheuerlichkeiten der Gegenwart zu intensiven Kunstwerken. Sie verführen dazu, Haltung einzunehmen und sie auch zu vertreten. Es steht zu viel auf dem Spiel, als dass man schweigen könnte.

1. „The biggest threat to our democracy is indifference. The biggest threat to our democracy is cynicism“, Barack Obama, University of Illinois, Urbana-Champaign, Illinois Speech, 07.09.18 <https://www.youtube.com/watch?v=sHAKDTv8jA>, 56:39

Dieser Text gibt die Eröffnungsrede von Olga Flor anlässlich der Ausstellung „Sie werden es nicht ertragen, sich hinter Mauern und Zäunen zu verstecken – Guerilla der Aufklärung“ vom 22. September 2018 wieder. Olga Flor lebt als freie Schriftstellerin in Graz, im Februar 2018 erschien im Residenz Verlag der Essayband „Politik der Emotionen“.

Künstler*innen der Ausstellung:

Babi Badalov, Petja Dimitrova
EXTRA-TERRITORIA – Róza El-Hassan
Branimir Stojanović/Milica Tomić, ZIP group
Petra Gerschner, e.d.gfrerer, Manaf Halbouni
Rena Rädle & Vladan Jeremić, RISOGRAD
Maryam Mohammadi/Joachim Hainzl
Oto Hudec, Barbora Šimková
Tim Sharp, Hannes Zebedin

22.9.2018 – 16.2.2019

Impressum

Flugschrift #2 zur Ausstellungsserie
Guerilla der Aufklärung von

< rotor >
Zentrum für zeitgenössische Kunst
Volksgartenstraße 6a
8020 Graz

Herausgeber*innen:

Margarethe Makovec & Anton Lederer

redaktionelle Mitarbeit:

Anna Köhlhauser

Grafik:

Christian Brix

Druck:

RISOGRAD

Die Text- und Bildrechte
liegen bei den Autor*innen und
Künstler*innen.
Graz, November 2018

www.rotor.mur.at

Tim Sharp

LIEBE ZIVILGESELLSCHAFT,

Ich habe gehört, dass du einige besorgniserregende gesundheitliche Probleme hast, und daher dachte ich, dass ich dir schreibe. Ich habe mir überlegt, dass du, während du wieder zu Kräften kommst, vielleicht eine Geschichte hören möchtest. Es handelt sich dabei um eine eigenartige Geschichte aus Österreich, aber einige Teile davon sind von durchaus grundsätzlicher Natur.

Es beginnt vor über dreißig Jahren, im Jahr 1986, mit der Geschichte von Kurt Waldheim und seinem Pferd, einem sehr bezeichnenden Beispiel dafür, wie dieses Land noch immer damit ringt, mit seiner Vergangenheit klarzukommen, mit seiner umfassenden Mitschuld an der mörderischen Strategie Adolf Hitlers und der Durchsetzung seiner Politik. Waldheims Weigerung während seiner Kandidatur für das Amt des Präsidenten Licht in seine eigene Geschichte zu bringen, hat ein hölzernes Gegenpferd geboren. Gezeugt wurde es durch einen Scherz von Fred Sinowatz, dem amtierenden Kanzler, und Alfred Hrdlicka, Peter Turrini und Manfred Deix haben dabei Geburtshilfe geleistet. Ein Foto dieses Pferdekopfs ist das Herzstück der Installation. Du siehst also, dass du da von Beginn an involviert warst, und ich hoffe, dass dieser Text und diese Installation den Geist des Pferdes widerspiegeln.

Als das alles passierte, sah es so aus, als ob nur ordentlich aufgeräumt werden müsste, als ein notwendiger Schritt auf dem Weg Österreichs zu einer reiferen Demokratie. Es stellte sich aber heraus, dass es sich um einen Richtungswechsel handelte, den die Welt zu nehmen im Begriff war. Dies war jedoch schon von langer Hand vorbereitet worden und hat mit einem anderen bekannten Pferd zu tun. Aber mehr dazu später. Zuerst eine kleine Hintergrundgeschichte.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Börsencrashes von 1929 und die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs haben zu einem Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit geführt, das günstig für die Arbeit war. Die Gesetzgebung im Wohlfahrtsstaat, wie das Gesetz zur Wiedereingliederung der GIs, die verstaatlichten Industrien, Regulierungen für das Kapital und die grundlegende Akzeptanz keynesianischer Wirtschaftspolitik entmutigten aber diejenigen, die nach mehr Freiheiten für das Kapital verlangten. Es dauerte nicht lange und sie fanden einen merkwürdigen Retter in der Person eines Exilanten, einem Österreicher niederen Adels namens Friedrich August von Hayek, der 1944 einen schmalen Band mit dem Titel *Der Weg zur Knechtschaft* veröffentlicht hatte. Er behauptete, dass Planwirtschaft, ob faschistisch oder kommunistisch, stets zu Unfreiheit führe und sogar der Wohlfahrtsstaat nach und nach genau dahin gelangen werde. Hayeks Ansichten waren der Ausgangspunkt für die Wiederbelebung des fundamentalistischen Glaubens in die Märkte, als Maßstab für die Entwicklung des Neoliberalismus. Durch die Mont Pelerin Gesellschaft konnte er seinen Ideen Nachdruck verleihen. Gegründet 1947 auf einer Konferenz, wurden deren Kosten zu 93% von der Credit Suisse getragen. Am Gründungstreffen nahmen viele namhafte Persönlichkeiten aus den Wirtschaftswissenschaften, der Geschäftswelt, dem Bankwesen und der Philosophie teil, neben Hayek selbst, Milton Friedman, Ludwig von Mises, George Stigler und Karl Popper, der Autor von *Die Offene Gesellschaft und ihre Feinde* (1945). Popper zog sich jedoch wieder zurück, als es immer weniger darum ging, die Demokratie vor dem Totalitarismus zu schützen und verstärkt eine neoliberale Marktideologie propagiert wurde. Das öffentliche Gesicht der Mont Pelerin Gesellschaft ist eine ausdruckslose Maske: „Sie vertritt keinen offiziellen Standpunkt, sie formuliert keine Politik, sie veröffentlicht keine Manifeste, sie verbündet sich mit keiner politischen Partei und sie akzeptiert keine politische oder öffentliche Förderung.“ Sie ist



EXTRA-TERRITORIA – Róza El-Hassan/Branimir Stojanović/Milica Tomić, „Milica Tomić and Róza El-Hassan Driving in the Porsche and Thinking About Overpopulation“, 2000-2018

folglich ein reiner Debattierklub für geladene Gäste. Was jedoch die Wohlfahrtsstaaten, die demokratischen Strukturen und die egalitären Gesellschaften angeht, handelte es sich dabei um das neoliberale trojanische Pferd schlechthin. Es ist also nicht ironisch, wenn das Hotel du Parc im schweizerischen Bergdorf Mont Pelerin, hoch über dem Genfer See, der Gründungsort der Gesellschaft, heute für die Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich ist. Nach umfangreicher Renovierung wurde es zu einer Gated Community und zu einem Kurbad für die Superreichen umfunktioniert.

Die Behauptung der Mont Pelerin Gesellschaft, sie wäre „neutral“, war eine bewusste Tarnung und gab einer kleinen Minderheit im Westen die Möglichkeit, eine verdeckte Operation zu lancieren, die bei vielen den Eindruck vermittelte, dass jedes Mal, wenn der Vorhang aufging, nicht nur ein Szenenwechsel zu sehen war, sondern ein ganz anderes Theaterstück. In der Tat bestand die Absicht, den Text zu diesem Stück vollkommen umzuschreiben: Die Gegenwart sollte durch die Vergangenheit ersetzt, das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit, der Minderheit und der Mehrheit, dem Staat und seinen Bürger*innen umgekehrt und neu ausgerichtet werden, um neoliberale Wirtschaftstheorien als TINA (There Is No Alternative) Event, also als alternativloses Ereignis, zu verankern.

Sir Anthony Fisher steht für die Umsetzung einer weiteren Vorstellung von Hayek, nämlich der langfristigen Strategie neben den bestehenden Universitäten Institutionen zu etablieren, die sich aber in erster Linie als Verfechter des Marktliberalismus verstehen. Unter Fishers zahlreichen „Kindern“ finden sich „Think Tanks“, wie das Institute of Economic Affairs, der bevorzugte Think Tank von Margaret Thatcher, der auch ihr politischer Berater ist, das International Institute for Economic Research, die Atlas Economic Research Foundation und das International Centre for Economic Policy Studies, das sich heute Manhattan Institute nennt. Auch in den USA wurden solche Stützpunkte errichtet, wie beispielsweise das Cato Institute, die Hoover Institution, die Heritage Foundation, die Reason Foundation, die Foundation for Economic Education, das American Enterprise Institute, das Fraser Institute und Stiftungen und Treuhandgesellschaften wie Olin, Scaife und Koch, die diese Institutionen und ihre Tochtergesellschaften und deren Ableger finanzieren.

All diese Institutionen ermöglichen es den Reichen und Superreichen Gelder in Projekte fließen zu lassen, die das System noch mehr in ihrem Sinne verzerren und dabei das Wissen korrumpieren, indem es den Profiten der Unternehmen untergeordnet wird. Schätzungen zufolge ist eine Billion an steuerlich absetzbaren US-Dollar in Netzwerke von hunderten, wenn nicht in tausenden Stiftungen geflossen, die vorgeben karitativ tätig zu sein oder die Bildung zu fördern, deren einziges Ziel es aber ist die Hegemonie der extremeren Formen des neoliberalen Dogmas in den nationalen Ökonomien, den internationalen Beziehungen und der Gesetzgebung einzuzementieren. Geld aus dunklen Kanälen, das dazu dient auf obskure Pferde zu setzen. Beschwört das nicht Bilder von anderen Organisationen herauf?

Es geht an dieser Stelle, liebe Zivilgesellschaft, nicht um die praktischen Details der unregulierten Marktwirtschaften, sondern um diesen

eigenartigen Schleier, der über allem liegt und der in den letzten vierzig Jahren Teile des demokratischen Prozesses und unseres Leben verdunkelte. Es gab eine Strategie Regierungsvertreter*innen von den Konsequenzen ihres Tuns zu entfernen und zu viel „Spielraum“ zwischen dem Parlament und der Exekutive, der Exekutive und ihren Verantwortlichkeiten zu schaffen. Man könnte eine Analogie aus der Wirtschaft herstellen und zwar mit den Veränderungen in Britannien mit der Wiedereinführung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung als der vorherrschenden Rechtsform von Unternehmen, die 1720 nach dem Platzen der Südsee-Blase verboten worden war.

Eine zunehmend aktivere Zivilgesellschaft war das Ergebnis einer Bildungsexpansion und des gewerkschaftlichen Aktivismus. Es entstanden Gruppen für Frauenrechte, Schwulenrechte, für Rechte Schwarzer Menschen, selbstorganisierte Nachbarschaftsinitiativen, Anti-Kriegs-Gruppen Umweltinitiativen usw. Dieser vermehrte Aktivismus verursachte politische Probleme für das Kapital und gefährdete dreißig Jahre harter Untergrundarbeit. Die Veröffentlichung von *The Crisis of Democracy Report* im Jahr 1975 markierte eine bedeutende und dezidiert öffentlich gemachte Ankündigung eines Kurswechsels. Sie besagte, dass die „Krise“ der „Unregierbarkeit“ eine Reaktion erforderlich mache: das Kapital müsse die Verhandlungsmacht der Arbeit und das Ausmaß der demokratischen Beteiligung reduzieren und es wäre strategisch wünschenswert, die Zivilgesellschaft zu einem ein größeren Maß an „Nicht-Beteiligung“ am politischen System zu ermuntern. Zu diesem Zweck sollte „Apathie“ gefördert werden, indem man alles, bis hin zur neoliberalen Ökonomie, entpolitisierte. Kurz gesagt, war das die Erklärung eines Klassenkriegs nach dem Krieg. Gegen dich, meine liebe Freundin!

Die achtziger Jahre sahen dann dessen genüssliche Umsetzung, besonders in den USA und Großbritannien. Zuerst kam es zur offenen Kollision von Klassenideologien, dem Zusammenprall mit den Gewerkschaften, Thatchers „Feind im Inneren“, bei dem die Gewerkschaften verloren und viele ihrer Streik-Befugnisse illegalisiert wurden. Thatchers Angriffe auf den sozialen Wohnbau, getarnt als „das Recht zu Kaufen“, zusammen mit einer Anordnung, die lokalen Behörden untersagte mit den Einnahmen aus dem Verkauf weitere öffentliche Wohnungen zu bauen, traf sich bestens mit der andauernden Globalisierung (De-Industrialisierung, Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer, Outsourcing) und bewirkte eine große und andauernde Verschlechterung der Lebensbedingungen und der Arbeitsplatzsituation für die meisten Menschen. Prekarität war nun an der Tagesordnung, Entprekariat würden folgen. Nichts entpolitisiert so sehr, wie der Abbau von Rechten und die wöchentliche (oder tägliche) Angst vor Einkommensverlust. Nichts, außer Schulden. Die Mittelklasse versuchte, trotz gesunkenen Einkommens, verzweifelt ihren Lebensstandard zu halten und begann, sich in eine unheilvolle Verschuldungsspirale zu stürzen, indem sie den steigenden Wert von Grund und Boden (auf dem ihre Häuser standen) als ihren persönlichen Geldautomaten zu verwenden. Der Niedergang der abgesicherten Mittelklasse verbarg sich hinter Designer-Vorhängen.

Währenddessen nahmen die Unternehmen,

MILICA TOMIĆ AND
RÓZA EL-HASSAN
DRIVING IN THE PORSCHE
AND THINKING ABOUT
OVERPOPULATION

insbesondere die multinationalen Konzerne, Abendkurse in „Kreative Buchführung“ und „Steuervermeidung“ und reduzierten langsam die Steuereinnahmen. Sie schufen Schleier, hinter denen sie ihre Profite verstecken konnten, Offshore-Firmen zum Beispiel, oder sie parkten ihre Profite in Niedrigsteuerregionen. Aktuell versuchen sie, exterritoriale Wirtschaftsgerichte zu schaffen, die es erlauben, Ansprüche auf entgangene Profite zu erheben, sollten Regierungen beispielsweise neue Umweltschutzgesetze erlassen.

Regierungsmitglieder verwenden Schleier (Sonderbestellungen aus dem bekannten Wunderladen der neoliberalen Theorie), um die Distanz zwischen ihnen selbst und ihren Verantwortlichkeiten zu verbergen: Outsourcing ist ein beliebte Masche, Fehler bei Firmenprozeduren werden für Missstände verantwortlich gemacht oder man behauptet, die mittlere Führungsebene hätte die Politik falsch verstanden. Dazu kommt noch die Privatisierung von so ziemlich allem, von der Eisenbahn, über die Wasserversorgung, bis hin zur Post. Ein anderer Kunstgriff sind die Gesetze zur Bekämpfung der „Sozialschmarotzer“, einer im echten Leben sehr seltenen Spezies, der „nicht würdigen Armen“ und „Arbeitscheuen“, all diese semi-mythischen Erfindungen, die nur dazu dienen, mehr Kontrolle und erniedrigende Prozeduren zu rechtfertigen. Geldsparen wird zur verdeckten disziplinären Maßnahme.

Die Strategie, Krisen wie die Subprime-Krise und Bankenkrise und angebliche Sachzwänge zu verwenden, um die Austeritätspolitik auf nationaler Ebene und in der EU zu rechtfertigen, verschleiert die Komplizenschaft zwischen den Regierungen und einer Politik, die Reichtum für die Reichen absichert und die Umverteilung nach oben verfestigt. Vom Ideal, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen, ist wenig übrig geblieben. Wenig, wenn man von dir, liebe Zivilgesellschaft, absieht.

Unabhängig davon, ob du, umkämpfte Zivilgesellschaft, dich in Gruppen, die auf ein einzelnes oder multiple Themen fokussieren, organisierst oder in internationalen Netzwerken, bist du von entscheidender Bedeutung, um die Auswüchse eines unkontrollierten Neoliberalismus zu überwachen, diesem zu widerstehen und etwas dagegen zu unternehmen. Der Neoliberalismus führt unweigerlich zum Autoritarismus, wenn er versucht, immer mehr Profit aus dem Planeten und unserem Leben zu schlagen. Ironischerweise hat Hayek das mehr oder weniger in einem Interview, im Zusammenhang mit Pinochets Chile, zugegeben: „Persönlich würde ich eine liberale Diktatur einer demokratischen Regierung ohne Liberalismus vorziehen.“ Wenn man sich die jüngsten Entwicklungen ansieht, kommt dies einer Massenkarambolage von begrifflichen Widersprüchen nahe.

Jedenfalls ist die freie und offene Gesellschaft von Diktatoren und Mächtigen-Diktatoren, wie zum Beispiel in Russland, Ungarn und Polen bedroht. Diese sehnen sich nach einer Gesellschaft, in der die Demokratie der Form nach erhalten bleibt, während ihr Geist zerbrochen ist, nach einer Art taxidermischer Demokratie, oder wie Colin Crouch es genannt hat, einer „Post-Demokratie“. Bezeichnenderweise haben es diese Regierungen auf die NGOs abgesehen, besonders auf Organisationen, die sich um den Umweltschutz kümmern, die Würde des Menschen und die Menschenrechte

verteidigen, bedürftige Menschen unterstützen, die vor Terror, Verfolgung, Krieg und Zerstörung fliehen, aber auch auf Organisationen, die sich für Steuergerechtigkeit einsetzen oder gegen Lobbyismus auftreten. Die teilweise Finanzierung durch ausländische Quellen ist für die autoritären Führer ein Vorwand, um sie ins Visier zu nehmen und dann ihr Vorgehen damit zu rechtfertigen, indem sie eine Gefahr für ihre (rückwärtsgewandte) Vorstellung von reiner Ethnizität oder Religion heraufbeschwören. Diese „Führer“ denken, dass sie Stärke und Standhaftigkeit demonstrieren, aber in Wahrheit verrät es nur die Schwäche ihrer Argumente. Leider entlarven sie damit auch die Orientierungslosigkeit der traditionellen und neuen Linken, die vom Weg abgebracht, wie durch den Umhang eines Stierkämpfers getäuscht, sich in Identitätspolitik und andere (nicht weniger wichtige) Umwege verstrickten, während sie diejenigen ignorierten, die am meisten unter dem bestehenden System zu leiden haben. Das Problem ist also nicht allein der Faschismus, sondern es sind vor allem auch die nicht gehörten Probleme. Es sind nicht die Themen, die von der Rechten forciert werden, wie das Flüchtlingsthema, sondern die Souveränität selbst und wie eine post-neoliberale Zukunft, die durch ein grundlegendes demokratisches Verständnis geformt ist, aussehen könnte.

Dieses Distanzieren, Verschleiern und Filtern wird schon auf einer einfachen Ebene deutlich, wenn wir uns ansehen, wie mit Demonstrationen umgegangen wird. Regierungs- und Interregierungstreffen werden an abgelegenen Orten abgehalten oder es werden, unter dem Vorwand der Sicherheit, umfangreiche No-Go-Zonen eingerichtet. Das hat zur Folge, dass viele politische Führer die Realität nie zu Gesicht bekommen, sondern eine durch die Medien vermittelte, die wiederum immer öfter ihren Freunden oder Nachbarn, den sogenannten Medienzaren gehören oder von ihnen kontrolliert werden. Die Politiker selbst werden zu „Medienstars“, mit all den negativen Folgen von Publikumsbewertungen und „Likes“ in den sozialen Medien. Ein Filter wird über den anderen gelegt und es ist eine Überraschung, wenn sie überhaupt noch etwas anderes als ihre eigenen Interessen wahrnehmen können. Womit sich die nationalen demokratischen Regierungen und die, die von einer Exekutive geführt und als neoliberale Projekt über immer weniger Potential verfügenden Europäische Union auch auseinandersetzen müssen, ist der erdrückende Einfluss der Lobbyisten. Ohne Transparenz und einer aktuellen Datenbank über Lobbyisten, ohne Auskunft, wen sie warum treffen, wird die offene, freie und demokratische Gesellschaft von immer weniger Menschen verwaltet. In einer Zeit, in der die Regierungen von ihren Bürger*innen immer mehr Transparenz verlangen, müssen wir daran arbeiten, einen systemischen Schleier nach dem anderen zu entfernen, damit nicht einer davon zum Leichentuch für die Demokratie wird.

Meine liebe Zivilgesellschaft, ich habe gehofft, dass ich dir auch etwas darüber erzählen könnte, wie wichtig es ist, das Vorsorgeprinzip zu beachten, aber das würde zu weit führen. Ich hoffe, bald von deiner Genesung zu hören und wünsche mir, dass du wieder zu Kräften kommst!

Alles erdenklich Gute, Tim

Dieser Text ist Teil der künstlerischen Arbeit „...to be continued“ von Tim Sharp, er richtet sich an die Zivilgesellschaft, die dem Vernehmen nach ernsthafte Gesundheitsprobleme hat. Zum Überbrücken der Genesungszeit berichtet der Künstler ausführlich von gesellschaftlichen Entwicklungen in Österreich und der Welt, sowie von den politischen und wirtschaftlichen Hintergründen, die zur momentanen Lage geführt haben. Der in Schottland geborene Künstler Tim Sharp lebt und arbeitet in Wien. Übersetzung aus dem Englischen: Leo Kühberger

„Lasst uns Bilder der Zukunft zeichnen, für die wir kämpfen, so dass alle sie sehen können!“

Lisa Mittendrein, Aus ihrer Rede anlässlich der Großdemonstration gegen Schwarz-Blau am 13. Januar 2018 in Wien.